

Standort stärken, Wohlstand sichern

Expertise

für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Ansprechpartner:

Dr. Hubertus Bardt
Geschäftsführer
Leiter Wissenschaft

Kontakt Daten Ansprechpartner

Dr. Hubertus Bardt
Telefon: 0221 4981-755
Fax: 0221 4981-99755
E-Mail: bardt@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln

1 Die Basis des Wohlstands

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Erde. Wirtschaftlicher Erfolg ist aber nicht nur für Unternehmen und Unternehmer von Nutzen. Die Stärke der Volkswirtschaft kommt uns auf vielerlei Weise zu Gute: Das Wohlstandsniveau der Bevölkerung ist hoch, es gibt so viele Arbeitsplätze wie niemals zuvor, die öffentlichen Haushalte sind ausgeglichen. Für die Organisation des sozialen Ausgleichs zum Schutz der Umwelt stehen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung. Der Wohlstand Deutschlands basiert auf einer Reihe von traditionellen Stärken der Volkswirtschaft:

- **Innovative und internationale Unternehmen**

Deutschland verfügt über eine Vielzahl innovativer und exportorientierter Unternehmen. Diese sind oftmals seit hundert Jahren und mehr im Familieneigentum, weshalb die langfristige Perspektive in der Unternehmensführung eine wichtige Rolle spielt. Die Unternehmen bilden zusammen ganze Wertschöpfungsketten ab und bilden innovative Netzwerke. Der breit aufgestellte Industrie-Dienstleistungsverbund ist ein starkes Fundament unseres Wohlstands. Zahlreiche Unternehmen sind als Hidden Champions in ihrer Nische Marktführer auf den Weltmärkten. Gerade durch das Angebot an Investitionsgütern konnten wir stark vom weltweiten Investitionsboom der letzten Jahre profitieren.

- **Fachkräfte und Arbeitsbeziehungen**

Eine wichtige Basis für den Erfolg sind die Mitarbeiter in den Unternehmen. Das gilt für Akademiker aus den MINT-Fächern, die die sprichwörtliche deutsche Ingenieurskunst und das „Made in Germany“ als Qualitätssiegel geprägt haben. Aber auch die gute Ausbildung der Fachkräfte ist eine Besonderheit, die für die Erfolge der Unternehmen am Standort Deutschland mitverantwortlich ist. Positiv hat auch die gute Sozialpartnerschaft gewirkt, mit der mögliche Konflikte immer wieder kanalisiert werden konnten.

- **Infrastruktur in dezentralem Land**

Auf der Positivseite steht auch die traditionell gut ausgebaute Infrastruktur in Deutschland, insbesondere die Verkehrsinfrastruktur. Damit sind die zahlreichen Orte gut vernetzt, in denen unsere Industrie aufgrund der Tradition der Kleinstaaten vertreten ist. Nur so kann die Arbeitsteilung zwischen den Unternehmen auch wirklich funktionieren.

- **Tradition der Sozialen Marktwirtschaft**

Prägend für das deutsche Wohlstandsmodell der letzten Jahrzehnte war die Orientierung an der Tradition der Sozialen Marktwirtschaft. Offene Märkte, die Sicherung des Wettbewerbs, ein hohes Maß an Rechtssicherheit und die Kombination aus unternehmerischer Freiheit und sozialem Ausgleich gehören zu den wesentlichen Zutaten dieser erfolgreichen Tradition – die immer wieder neu an veränderte Herausforderungen angepasst wurde.

Deutschland ist in den letzten Jahren vom kranken Mann Europas zu einer der wirtschaftlichen Lokomotiven geworden. Dies zeigt sich insbesondere am Arbeitsmarkt mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf 3 Millionen und einer Rekordbeschäftigung. Aber auch die öffentlichen Hände spüren dies durch Höchststände bei den Steuereinnahmen. Außerordentlich schnell hat sich die deutsche Wirtschaft von dem Schock des Krisenjahrs 2009 erholt. Es ist sicher kein Zufall,

dass die Europäische Union den Industrieanteil auf 20 Prozent anheben und damit dem deutschen Modell ein Stück weit folgen will. Schon heute gehen die Erfolge nicht zulasten der Nachbarländer, im Gegenteil: Wenn unsere Warenexporte um 10 Prozent ansteigen, erhöhen sich die Vorleistungsexporte unserer EU-Partner um 9 Prozent.

Wir dürfen unsere Prosperität aber auch nicht überschätzen. Die deutschen Wachstumsraten und -aussichten sind mit rund 1 ½ Prozent weiterhin moderat, deutlich schwächer als in den USA und natürlich weit hinter China. Deutschland wächst dynamischer als viele andere Länder der EU. Die aktuelle Schwäche Europas ist aber auch für die deutsche Wirtschaft keine gesunde Situation. Es wird uns auf Dauer nicht gut gehen, wenn es unseren Nachbarn schlecht geht. Europa muss an wirtschaftlicher Dynamik zurückgewinnen, wenn es seine Position innerhalb der Triade USA-EU-China halten will.

2 Aktuelle Investitionshemmnisse

Im Erfolg versteckt sich oft der Kern der nächsten Krise. Die Qualität der wirtschaftlichen Situation darf nicht überschätzt oder für selbstverständlich genommen werden. Wohlstand muss durch Innovationen und laufende Verbesserungen immer neu erarbeitet werden, auch durch Weiterentwicklungen der politischen Rahmenbedingungen. Probleme des Standorts äußern sich in der seit geraumer Zeit zu beobachtenden Investitionszurückhaltung von Unternehmen. Der Blick auf die Investitionshemmnisse gibt daher einen Hinweis darauf, wo angesetzt werden muss, um Wachstum und Wohlstand zu sichern. Nur mit Investitionen kann die wirtschaftliche Basis dauerhaft wettbewerbsfähig bleiben und unseren Wohlstand weiter sichern.

In der letzten IW-Konjunkturumfrage antworteten rund 2.900 Unternehmen auf die Sonderfrage nach den aktuell relevanten Investitionshemmnissen (Bardt/Grömling/Hüther, 2015). Danach lassen sich verschiedene Investitionshemmnisse identifizieren (Abbildung 1):

- Konjunkturelle Situation

52 Prozent der Unternehmen nennen die weltwirtschaftliche Unsicherheit als starkes Investitionshemmnis, 45 Prozent die schwache Entwicklung des Euroraums. Dahinter stecken neben der Eurokrise und Unsicherheiten, die von den Konflikten in der Ukraine oder dem Nahen Osten ausgehen, auch eingetrübte Erwartungen bezüglich der Entwicklungsländer (Hüther, 2014). Dies betrifft insbesondere Investitionsgüterhersteller, die als Ausrüster für die Industrialisierung dieser Länder tätig sind.

- Regulierung

Verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen der Bundesregierung haben in den letzten Monaten dazu beigetragen, die Beurteilung der Standortbedingungen aus Unternehmenssicht zu verschlechtern. Dazu gehören zum Beispiel die rentenpolitischen Maßnahmen, die Einführung des Mindestlohns oder die diskutierte Verschärfung der Regeln für Zeitarbeit und Werkverträge. 48 Prozent der Firmen sehen ihre Investitionstätigkeit durch Regulierungen behindert. Für 43 Prozent bremsen Genehmigungsverfahren die Investitionstätigkeit, immerhin noch 35 Prozent der Unternehmen nennen die Höhe der Unternehmenssteuern als Hindernis.

- Energiekosten

Gerade für energieintensive Unternehmen ist auch die Energiepolitik und das im internationalen Vergleich hohe Kostenniveau sowie die entstandenen erheblichen Kostenrisiken ein Investitionshemmnis. Damit können zwar keine aktuellen Entwicklungen erklärt werden, wohl aber eine generelle Investitionszurückhaltung der Unternehmen. So konnten die energieintensiven Branchen in den vergangenen Jahren fast nie positive Nettoinvestitionen verzeichnen (Bardt, 2014). 50 Prozent der befragten Unternehmen und sogar 58 Prozent der Hersteller von Grundstoffen und Konsumgütern sehen hier ein starkes Investitionshindernis.

- Infrastruktur

Positiv wird weiterhin die gut ausgebaute Infrastruktur in Deutschland bewertet, die nur 19 Prozent als ein starkes Hindernis sehen. Für 39 Prozent der Unternehmen liegt hierin kein Grund für niedrigere Investitionen. Dennoch gibt es auch heute schon Schwierigkeiten in der Geschäftstätigkeit durch Mängel an Infrastrukturen und einen nicht unerheblichen Investitionsbedarf für den Erhalt und Neubau, beispielsweise im Bereich der digitalen Infrastruktur (Bardt u.a., 2014).

- Arbeitskosten

Nach einer Phase der moderaten Lohnpolitik sind die Arbeitskosten zuletzt wieder schneller gestiegen und stellen für 46 Prozent der Unternehmen heute ein Investitionsproblem dar. Auch bei den politisch bestimmten Lohnnebenkosten ist nach den sozialpolitischen Beschlüssen des letzten Jahres keine nachhaltige Entlastung absehbar. Nur für 12 Prozent der Firmen sind die Arbeitskosten bei ihren Investitionsentscheidungen aktuell nicht relevant.

- Fachkräfte

Kritisch sind auch die Aussichten hinsichtlich des zukünftigen Fachkräfteangebots. Eine wissensbasierte und besonders produktive Volkswirtschaft kann nur prosperieren, wenn genügend gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen (Geis/Plünnecke, 2012). Fast ein Drittel sieht in einem drohenden Fachkräftemangel ein starkes Investitionshemmnis. Nur jedes vierte Unternehmen hält dies für unproblematisch. Gerade kleinere und mittlere Unternehmen sind besonders beeinträchtigt und sorgen sich um die passenden Mitarbeiter, die sie für die Investitionen brauchen.

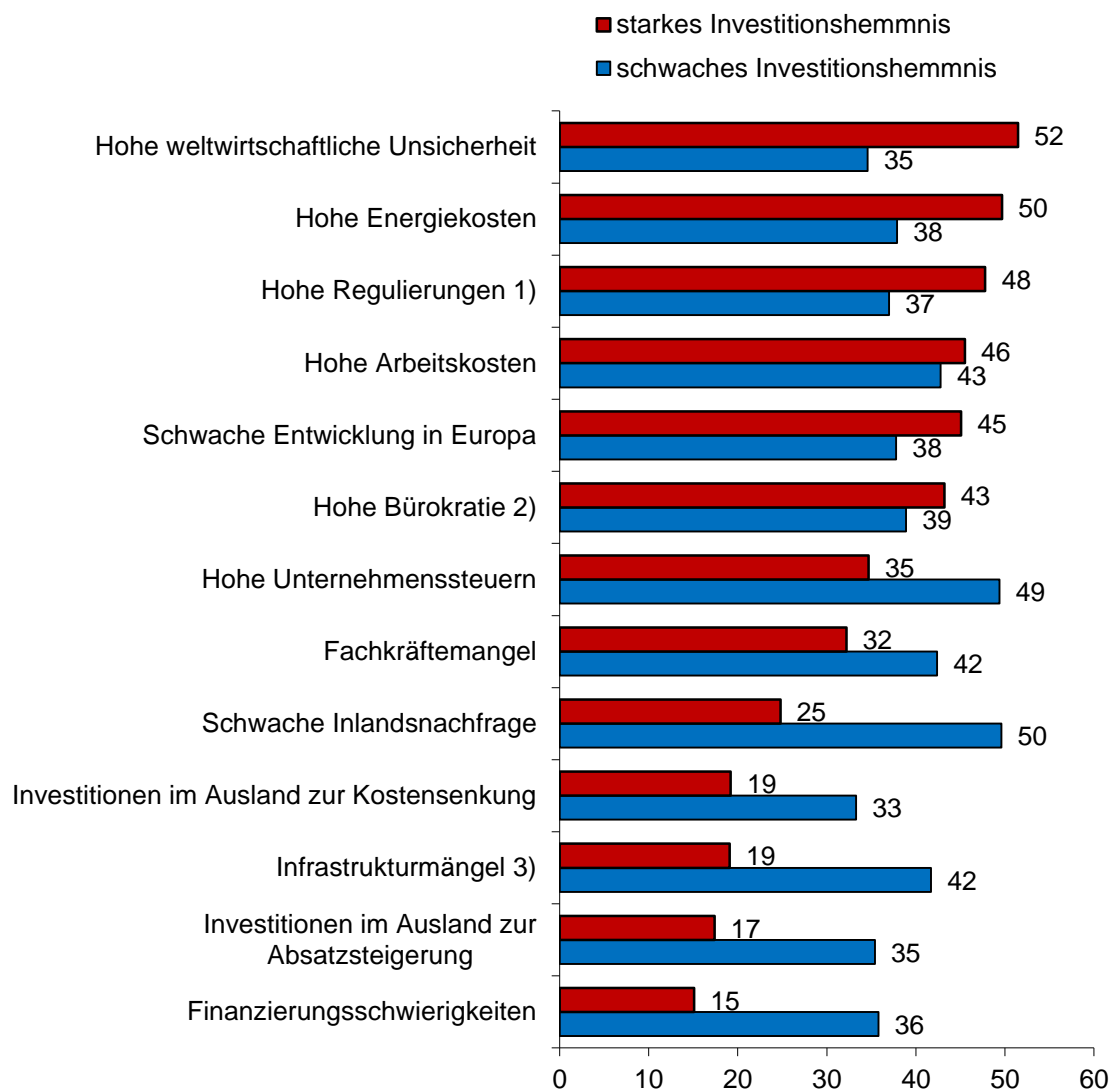
Weniger problematisch für die Investitionssituation in Deutschland ist hingegen das Auslandsengagement der Unternehmen. Jeweils fast jedes fünfte Unternehmen gab an, dass Auslandsinvestitionen zur Kostensenkung oder zur Markterweiterung ein Hindernis für Investitionen in Deutschland sind. Vor allem große Unternehmen sehen diesen Zusammenhang. Gleichzeitig sind Auslandsinvestitionen aber notwendig, um Chancen zu nutzen und Standortnachteile in Deutschland auszugleichen – und damit inländische Arbeitsplätze zu sichern.

Auch Finanzierungsschwierigkeiten werden in unserer Befragung nicht als akutes Problem

der deutschen Wirtschaft angesehen. Auch wenn die Situation sich in anderen Teilen Europas anders darstellt, gibt es für Deutschland kein Zeichen einer Kreditklemme.

Abbildung 1: Investitionshemmnisse in Deutschland

Zusatzfrage zur IW-Konjunkturumfrage Herbst 2014: Die Investitionen der Unternehmen haben sich in Deutschland in den letzten Jahren schwach entwickelt. Was sind aus Sicht Ihres Unternehmens derzeit Investitionshemmnisse im Inland? Angaben in Prozent aller befragten Unternehmen



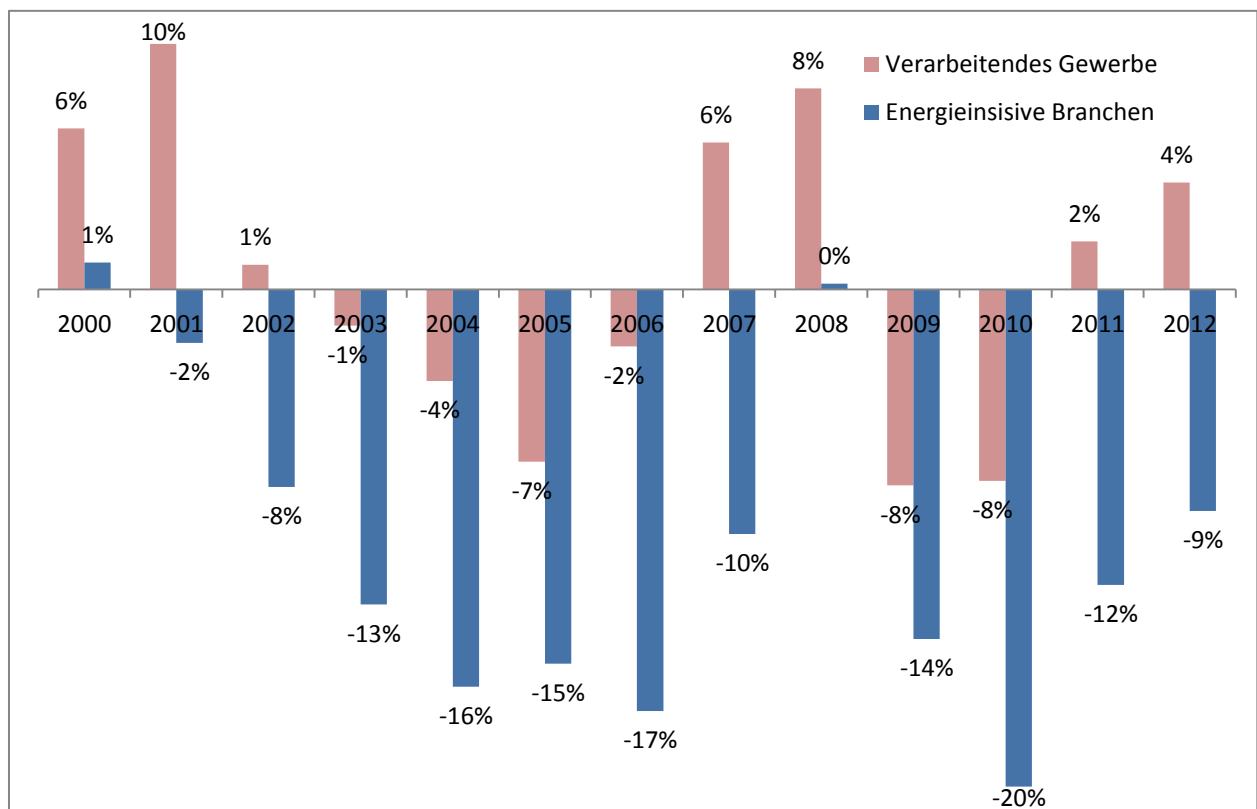
1) z.B. Arbeitsrecht. 2) z.B. Genehmigungsverfahren. 3) z.B. Verkehrsnetz, Breitbandnetz.

Quellen: IW-Befragung von 2.525 Unternehmen in Westdeutschland und 392 Unternehmen in Ostdeutschland im Oktober/November 2014

Unter dem Strich war das Investitionsverhalten der Unternehmen in den letzten Jahren moderat. Über die letzte Dekade waren die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe etwa so hoch wie die Abschreibungen. Nennenswerte Erweiterungen im Sinne

von deutlich positiven Nettoinvestitionen waren hingegen nicht zu verzeichnen. Auffällig ist, dass dies in der Gesamtheit der Industrie deutlich besser aussieht als bei energieintensiven Branchen (Abbildung 2). Hier hätten die Investitionen rund 10 Prozent höher ausfallen müssen, um wenigstens den alten Stand zu halten. Dies ist sicher nicht einseitig auf die aktuelle Energiepolitik zurückzuführen. Aber es sind erste Warnungen, die Anlass geben, genauer auf die Stärken und Schwächen des Wirtschaftsstandorts zu schauen.

Abbildung 2: Fehlende Investitionen energieintensiver Unternehmen in der Industrie
Überschuss bzw. Defizit der Investitionen über den Abschreibungen in Prozent



Energieintensive Branchen: Papier, Chemie, Glas/Keramik/Steine & Erden, Metallherzeugung und -bearbeitung

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2014; IW Köln

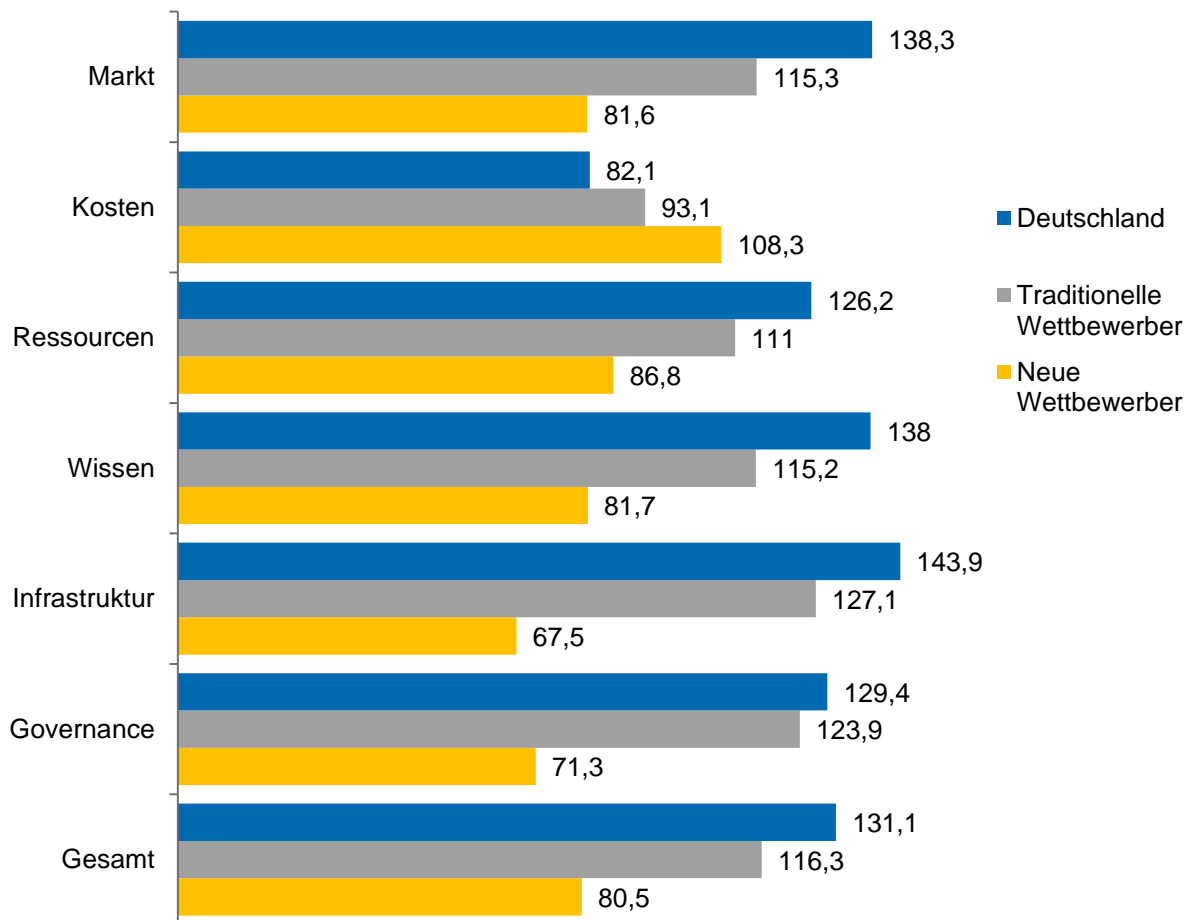
3 Den Standort D verbessern

Heute ist der Standort von einer Reihe von Qualitäten geprägt, hat aber auch mit Problemen zu kämpfen (Abbildung 3). Im internationalen Vergleich der Standortqualität zeigen sich für einen wichtigen Kern der deutschen Industrie – die Metall- und Elektroindustrie – die Vorteile gegenüber anderen Ländern und insbesondere gegenüber den neueren Wettbewerbern. Vor allem liegen diese in der wettbewerblichen Ordnung in einem effizienten Rechtsstaat, der gut ausgebauten Infrastruktur, dem guten Standard in Ausbildung und Forschung sowie in den ausgebauten Märkten. Der Zugang zu Ressourcen ist vergleichbar zu anderen wichtigen Ländern. Klare Nachteile finden sich auf der Kostenseite. Der Standortindex des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln misst die Standortqualität mit einer Reihe von Indikatoren (je höher der Wert, umso

günstiger die Bedingungen im Vergleich zum Durchschnitt der 44 einbezogenen Länder). Deutschland erreicht insgesamt einen Wert von 131,1 Punkten, bei einem Durchschnitt von 100 Punkten. Alle Werte liegen zwischen 126,2 und 143,9 Punkten, nur der Faktor Kosten ist mit einem Wert von 82,1 deutlich unterdurchschnittlich.

Abbildung 3: IW Standortindex M+E-Industrie – Niveau 2012

Durchschnitt = 100



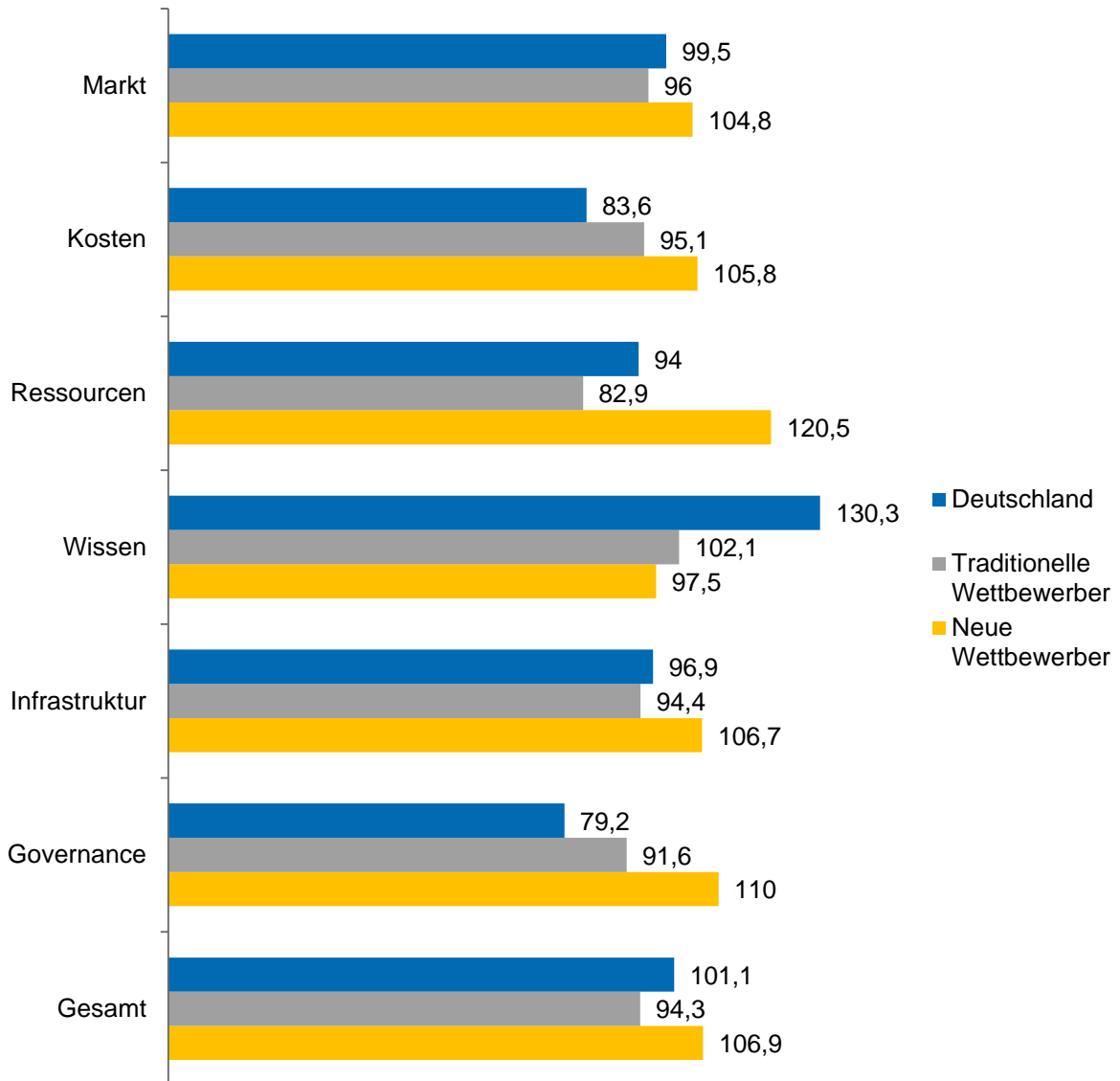
Traditionelle Wettbewerber: z.B. USA, Frankreich, Italien

Neue Wettbewerber: z.B. China, Indien

Quelle: IW Consult 2014

Betrachtet man die Dynamik der Indikatoren über die letzten Jahre hat sich Deutschland im Durchschnitt der Länder entwickelt und damit seine gute Position halten können. In einer Reihe von Bereichen, vor allem bei der Regierungsführung und der Kostensituation, hat sich die Standortqualität Deutschlands im Vergleich zu den anderen Ländern jedoch deutlich verschlechtert (Abbildung 4). So konnte bei den Kosten nur ein Wert von 83,6 Punkten erreicht werden. In Wettbewerbsländern wie China oder den USA hat sich die Kostensituation mit einem Wert von jeweils fast 125 Punkten hingegen deutlich verbessert. Damit vergrößert sich der Kostennachteil Deutschlands gegenüber den nicht-europäischen Standorten deutlich. Besonders positiv hat sich hingegen die Wissensbasis entwickelt, die Investoren in Deutschland vorfinden.

Abbildung 4: IW Standortindex M+E-Industrie – Dynamik 2000 - 2012
 Durchschnitt = 100



Traditionelle Wettbewerber: z.B. USA, Frankreich, Italien

Neue Wettbewerber: z.B. China, Indien

Quelle: IW Consult 2014

Die schwächeren Investitionen in Deutschland deuten auf Probleme der Standortbedingungen hin. Verbesserte Angebotsbedingungen stärken die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und machen Deutschland attraktiver für Investitionen. An genau diesen Angebotsbedingungen sollte die Politik arbeiten. Dabei muss auf drei Ebenen angesetzt werden:

1. Kosten in den Griff bekommen

Deutschland ist ein Hochkostenland. Denn im Augenblick steigen die Kosten eher an, als dass sie sinken. Wenn weitere Kostensteigerungen vermieden und einige Kostenspitzen gesenkt werden, wird der Investitionsstandort Deutschland an Attraktivität gewinnen.

2. Flexibilität erhalten

Unternehmen sind im internationalen Wettbewerb auf ein hohes Maß an Flexibilität angewiesen. Diese müssen sie selbst im Unternehmen sichern. Die Politik ist aber ebenso gefordert, kontinuierlich an einem Abbau von Bürokratien und Vorschriften zu arbeiten.

3. Grundlagen für Wachstum von morgen schaffen

Kapitalinvestitionen benötigen komplementäre Faktoren, insbesondere qualifizierte Mitarbeiter und eine hochwertige Infrastruktur. Hier dürfen sich keine Lücken auftun.

Konkret bedeutet dies Handlungsbedarf insbesondere in folgenden Feldern:

- **Energie:** Die Energiesteuerbelastung ist in Deutschland besonders hoch. Die EEG-Umlage allein ist hierzulande höher als der Industriestrompreis in den USA. Ausnahmen für Unternehmen sind immer wieder befristet. Das erschwert längerfristige Investitionen. Schon seit Jahren verzeichnen die energieintensiven Branchen kaum noch positive Nettoinvestitionen. Eine Reduktion der Sonderbelastungen ist ebenso notwendig wie mehr Planungssicherheit für energieintensive Unternehmen.
- **Arbeitskosten:** Mit einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik konnten wichtige Impulse für die Sicherung von Beschäftigung gegeben werden. Seit der Krise sind die Lohnkosten aber deutlich schneller gestiegen als die Produktivität. Eine beschäftigungssichernde Lohnpolitik ist hier ebenso wichtig wie die Begrenzung staatlicher Kostenblöcke wie insbesondere der Sozialabgaben.
- **Steuern und Abgaben:** Die Rekordsteuereinnahmen der letzten Jahre wurden zur Haushaltskonsolidierung genutzt. Ausgabenkürzungen gab es kaum, vielmehr sind neue und teure Sozialleistungen wie das Betreuungsgeld, die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 auf den Weg gebracht worden. Sie setzen angesichts der demografischen Herausforderungen nicht nur falsche Anreize, sondern treiben über höhere Sozialbeiträge auch die Arbeitskosten in die Höhe. Dieser Trend muss gestoppt werden. Die Einführung von degressiven Abschreibungen würde Investitionen vereinfachen und den tatsächlichen Wertverlust der Anlagen auch ehrlicher abbilden; die Abschaffung der kalten Progression würde das Versprechen „Mehr Netto vom Brutto“ ein Stück weit einlösen.
- **Bürokratie:** Die Initiative der Bundesregierung zum Abbau von Bürokratie ist zu begrüßen. Dabei muss es aber um materielle Entlastungen gehen. Bürokratieintensive Gesetze wie der Mindestlohn und die diskutierte Reform der Arbeitsstättenverordnung lassen Zweifel an der faktischen Bedeutung des Ziels aufkommen, bürokratische Lasten zu reduzieren.
- **Regulierung:** Von der Bundesregierung drohen neue Beschränkungen für die Unternehmen, beispielsweise durch Restriktionen für Werkverträge und Zeitarbeit oder Anti-Stress-Regelungen. Der unternehmerische Spielraum der Wirtschaft sollte nicht noch weiter beschränkt werden. Ohne Unternehmen, die mit ausreichenden Freiräumen agieren können, gibt es keine dynamische wirtschaftliche Entwicklung.

- **Fachkräfte:** Ein wachsender Mangel an Fachkräften kann sich zu einem ausgeprägten Investitionshindernis entwickeln. Maschinen können ohne qualifizierte Menschen keine Werte schaffen. Darum sind die duale Berufsausbildung und die Hochschulausbildung vor allem in den sogenannten MINT-Berufen so wichtig. Ende des Jahrzehnts können bis zu 1,3 Millionen MINT-Fachkräfte fehlen. Längere Lebensarbeitszeiten, vermehrte Ausbildung und Zuwanderung sind notwendig, um die Lücke so gering wie möglich zu halten.
- **Infrastruktur:** Die Infrastruktur in Deutschland ist gut, sie soll es aber auch bleiben. Hier muss in Straßen, Brücken und Schienen reinvestiert werden. Der Breitbandausbau muss vorankommen. Das muss aber im Bundeshaushalt finanzierbar sein. Einen Grund für Steuererhöhungen gibt es hier nicht; es kommt auf die Prioritäten an.
- **Freihandel:** Deutschland ist wie kein zweites Land auf den internationalen Handel angewiesen. Das Abkommen zwischen Europa und den USA über eine Handels- und Investitionspartnerschaft muss erfolgreich abgeschlossen werden. Das transatlantische Investitionsschutzabkommen stärkt die Investitionstätigkeit in Deutschland und trägt zur Weiterentwicklung der internationalen Arbeitsteilung bei.

Deutschland hat als Wirtschaftsstandort eine lange Tradition und basiert auf ausgeprägten Stärken. Aber andere Länder holen auf. Um die Weichen für den zukünftigen Wohlstand richtig zu stellen gilt es, die Stärken weiter zu entwickeln und die Schwächen des Standorts zu reduzieren. Die positive wirtschaftliche Entwicklung ist kein Grund für eine Reformpause in Deutschland.

Literatur

Bardt, Hubertus, 2014, Erhöhung der EEG-Kosten als Investitionshemmnis für stromintensive Unternehmen, IW Policy Paper, Nr. 3/2014, Köln

Bardt, Hubertus / **Grömling**, Michael / **Hüther**, Michael, 2015, Schwache Unternehmensinvestitionen in Deutschland? Diagnose und Therapie, IW Policy Paper Nr. 4/2015, Köln

Bardt, Hubertus / **Chrischilles**, Esther / **Fritsch**, Manuel / **Grömling**, Michael / **Puls**, Thomas / **Röhl**, Klaus-Heiner, 2014, Die Infrastruktur in Deutschland, Zwischen Standortvorteil und Investitionsbedarf, IW-Analysen, Nr. 95, Köln

Geis, Wido / **Plünnecke**, Axel, 2012, Bildung stärkt Wachstum und Wohlstand, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Wirtschaftswachstum?! Warum wir wachsen sollten und warum wir wachsen können, Köln, S. 189–203

Hüther, Michael, 2014, Eine Veränderte Kulisse globaler Risiken, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 12, S. 854–858

IW Consult, 2014, Strukturbericht für die M+E-Industrie in Deutschland, Köln/Berlin

Statistisches Bundesamt, 2014, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Beiheft Investitionen, Wiesbaden